	G E M E I N D E H Ü R T G E N W A L D Der Bürgermeister	**Mitteilungsvorlage** **Nr.: 5/2026**

Abteilung:	Abt. 3
Sachbearbeiter:	Herr Riester
Aktenzeichen:	600.530-002/000
Datum:	08.01.2026

Gremium	Termin		TOP-Nr.
Gemeinderat	**19.02.2026**	**öffentlich**	

Kommunale Vergaben im Land Nordrhein-Westfalen ab 01.01.2026;
hier: Sachstand und Vorgehen für die Gemeinde Hürtgenwald

Mitteilung:

Der Rat der Gemeinde Hürtgenwald nimmt die Mitteilung zum Vergaberecht zum 01.01.2026 zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Am 09.07.2025 hat der Landtag NRW das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher und weiterer Vorschriften beschlossen.

Neben zahlreichen Änderungen zum Kommunalrecht hat der Gesetzgeber mit § 75a eine zentrale Vorschrift für die Abwicklung der kommunalen Vergaben im Land Nordrhein-Westfalen in der Gemeindeordnung NRW aufgenommen.

Nach § 75 a GO NRW haben die Kommunen ab dem 01.01.2026 die Vergabe von öffentlichen Aufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte vorbehaltlich anderweitiger Rechtsvorschriften wirtschaftlich, effizient und sparsam unter Beachtung der Grundsätze von Gleichbehandlung und Transparenz zu gestalten.

Die bisherige Regelung in § 26 Kommunalhaushaltsverordnung sowie die kommunalen Vergabegrundsätze werden zum 01.01.2026 aufgehoben und durch § 75 a GO NRW ersetzt.

Aufgrund der Regelung in 75 a GO NRW ist auch die aktuelle Vergabedienstanweisung der Gemeinde Hürtgenwald nicht mehr wirksam und tritt somit zum 01.01.2026 außer Kraft.

Zielsetzung der neuen Vorschrift ist die maximale Entbürokratisierung des Vergaberechts. Dies wird u.a. dadurch deutlich, dass die VOB/A bei Bauleistungen und die Unterschwellenvergabeordnung bei Dienst- und Lieferleistungen im Unterschwellenbereich keine Anwendung mehr finden. Dies führt dazu, dass jegliche Form- und Fristvorschriften entfallen.

Sofern die Kommunen sich durch hausinterne Regelungen zur Durchführung von Vergabeverfahren binden wollen, stellt dies grundsätzlich eine Einschränkung im Sinne von § 75 a Abs. 2 GO NRW dar. Solche Regelungen können allerdings nicht, wie bisher, in einer Vergabeordnung oder Dienstanweisung geregelt werden, sondern müssen durch eine kommunale Satzung beschlossen werden.

Um die großen Möglichkeiten, die die Neuregelung des § 75 a GO NRW bietet, auch nutzen zu können, gleichzeitig aber auch rechtssichere Vergabeverfahren zu gewährleisten, haben die Gesellschafter der MILAN Kommunale Dienstleistungsgesellschaft mbH in der Gesellschafterversammlung vom 18.12.2025 eine einheitliche Vorgehensweise beschlossen.

Demnach wird eine Satzung nicht in Erwägung gezogen, sondern eine neue, das Vergaberecht nicht regulierende, einheitliche Vergabedienstanweisung in Kraft gesetzt. In Verbindung mit der daraus resultierenden Vorgabe, Vergabeverfahren ab einem geschätzten Auftragswert in Höhe von 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer in Zusammenarbeit mit der Vergabestelle MILAN abzuwickeln, wird ein rechtssicherer Rahmen geschaffen.

zu erwartende Auswirkungen auf den Haushalt:

keine

gez. Stephan Cranen
Bürgermeister